



Sendung vom 28.11.2002

Franz Jungwirth
Präsident des Bezirkstags von Oberbayern
im Gespräch mit Ruthart Tresselt

Tresselt: Grüß Gott, verehrte Zuschauer, und willkommen bei Alpha-Forum. Neben Landtags-, Bundestages- und Europaabgeordneten können die Bürger in Bayern – das sieht die bayerische Verfassung auch so vor – auf drei weiteren kommunalen Ebenen Vertreter wählen. Erstens in die Gemeinderäte, zweitens in die Kreistage und in die Stadträte und drittens in den Bezirkstag. Diese Gremien wählen sich natürlich auch jeweils einen Sprecher, einen Vorsitzenden, einen Präsidenten. Wir wollen Ihnen hier in Alpha-Forum in sieben Sendungen die sieben bayerischen Bezirke vorstellen. Dazu begrüße ich heute bei uns im Studio Franz Jungwirth, den Präsidenten des Oberbayerischen Bezirkstages. Herr Jungwirth, wie definieren Sie denn den Bezirk? Und wie wird man eigentlich Bezirkstagspräsident?

Jungwirth: Die Bezirke sind, wie Sie bereits gesagt haben, die dritte kommunale Ebene in Bayern. Diese Organisationsform samt einer direkten Wahl gibt es auch nur in Bayern. Wir sind von den Aufgaben her zuständig für all die Themen und Aufgabenbereich der Daseinsvorsorge, die die Gemeinden und Landkreise nicht selbst organisieren können. Das heißt, wir sind zuständig für alle überörtlichen Einrichtungen. Wie wird man Bezirkstagspräsident? Dazu muss man zunächst einmal im eigenen Stimmkreis aufgestellt werden von den Delegierten. Dann muss man gewählt werden bei der Wahl: direkt oder indirekt über die Liste. Dann muss man, als dritte Hürde, von diesem Gremium, also vom oberbayerischen Bezirkstag, gewählt werden.

Tresselt: Wie war das bei Ihnen persönlich?

Jungwirth: Ich bin ja eigentlich schon seit Jahrzehnten in der Kommunalpolitik tätig: zunächst einmal war ich in meinem Stimmkreis in Freising im Kreistag über 22 Jahre lang Fraktionsvorsitzender. Danach wurde ich auf Vorschlag des damaligen Bezirkstagspräsidenten Klimm von den Delegierten als Kandidat für den oberbayerischen Bezirkstag aufgestellt; das war 1982. Seit dieser Zeit gehöre ich in direkter Folge und immer direkt gewählt dem oberbayerischen Bezirkstag an. Seit etwas mehr als zwei Jahren bin ich nun auch Bezirkstagspräsident.

Tresselt: Wie sieht denn eigentlich ein normaler Tagesablauf eines Bezirkstagspräsidenten aus? Was machen Sie alles?

Jungwirth: Mein normaler Arbeitstag schaut so aus, dass ich schon relativ früh im Büro bin. Dort kümmere ich mich dann zunächst einmal um Verwaltungsaufgaben, habe aber zwischendrin auch sehr viele Termine mit Gästen von außerhalb. Da kommt wirklich eine ganze Bandbreite von Vereinen und Verbänden zu mir. Ich muss mich z. B. auch um unsere Krankenhäuser kümmern. Ich nehme darüber hinaus aber auch selbst sehr viele Termine außerhalb wahr: Dies geht oft selbstverständlich bis in den Abend hinein. Es gibt in Oberbayern, und Oberbayern ist nun einmal sehr groß, sehr viele Vereine, sehr viele Verbände, die aufgrund gemeinsamer

Aufgaben ganz gerne den Kontakt mit dem Bezirk Oberbayern und also auch mit mir suchen. Dies hat für mich aber auch wiederum den Vorteil, dass ich sofort mitbekomme und spüre, welche Probleme vor Ort existieren, was gebraucht wird, was man wünscht. Auf diese Weise kann ich das dann auch einbringen in die Gremien des Bezirkstages von Oberbayern. Eine weitere Aufgabe von mir besteht darin, dass wir ja auch jede Woche Sitzungen von mehreren Ausschüssen haben. Diese reichen vom Bezirksausschuss bis zum Sozialhilfeausschuss. Dort bin ich jeweils Vorsitzender und ich bin natürlich auch Vorsitzender des Bezirkstages.

Tresselt: Sie haben ja nun schon einiges angeschnitten, aber wir sollten vielleicht doch noch ein bisschen konkreter werden. Für was alles sind Sie denn zuständig? Sie sind z. B. für Soziales zuständig und damit für die Behindertenarbeit, für die Altenpflege. Dennoch gibt es ja auf diesen Gebieten auch Kompetenzabgrenzungen. Vielleicht könnten Sie dazu ein bisschen was erzählen?

Jungwirth: Die Bezirke haben ein sehr, sehr breites Aufgabenspektrum. Sie haben ja bereits einige dieser Aufgaben angesprochen. Es geht z. B. um die überörtliche Sozialhilfe, also um die teilstationäre und stationäre Sozialhilfe. Es geht um die Behindertenarbeit und die Behindertenhilfen. Es geht aber auch um die Aus- und Fortbildung in diesem Bereich. Wir haben z. B. auch eine ganze Reihe von Schulen wie z. B. Sehbehindertenschulen, Körperbehindertenschulen, Sprach- und Gehörbehindertenschulen. In diesen Schulen versuchen wir auch diesen jungen Menschen eine Ausbildung bis hin zur Mittleren Reife zuteil werden zu lassen. Wir haben auf diesem Gebiet aber auch berufsfördernde Schulen.

Tresselt: Diese Schulen gehören also dem Bezirk.

Jungwirth: Ja, die gehören dem Bezirk bzw. wir sind beteiligt an diesen Schulen. Hier gibt es die verschiedensten Organisationsformen. Manchmal ist es so, dass sich mehrere bayerische Bezirke zusammenschließen und eine solche Schule tragen. Es kann aber auch sein, dass wir im Rahmen von Vereinen zusammen mit den Landkreisen solche Schulen betreiben. Wir haben daneben aber auch noch den großen Bereich der Heimatpflege, der Kulturpflege, der Brauchtumpflege zu versorgen. Das ist etwas, das meiner Meinung nach immer wichtiger wird. Denn all das, was man mit den Stichworten Globalisierung, Internationalisierung, Weltmarkthandel oder auch Surfen im World Wide Web bezeichnet, heißt ja auch, dass man heutzutage von den jungen Menschen sehr viel Mobilität verlangt. Wir spüren aber, dass auch die jungen Menschen heute immer stärker die Sehnsucht in sich tragen, die regionale Seite und damit die Identifikation mit der regionalen Kultur wieder stärker zu Wort kommen zu lassen. Ich glaube, hierin liegt nicht nur eine Chance, sondern sogar eine Pflichtaufgabe für den Bezirk, da tätig zu werden. Wir müssen diese Kultur pflegen, sie unverwechselbar machen, damit es nicht auch im Kulturbereich zu dieser Internationalisierung kommt.

Tresselt: Das Wort vom Weltbürger, das heute doch so gerne verwendet wird, trifft also gar nicht so richtig den Kern. Das Gegenteil davon wäre ja die Heimat. Sie sagen also, dass die Menschen doch stärker in ihrer Heimat verwurzelt sind bzw. eine Sehnsucht danach haben?

Jungwirth: Ja, ich behaupte sogar, dass man Weltbürger in einem echten Sinne nur sein kann, wenn man auch eine Erdung, eine Verwurzelung mit einer Region hat, wenn man also aus einer ganz konkreten Region stammt. Erst auf dieser Basis kann man dann ein richtiger Weltbürger sein.

Tresselt: Sie sind also für die Heimatpflege zuständig, aber auch für Volksmusik und ähnliche Dinge.

Jungwirth: Die Heimat hat ja sehr viele Facetten: Das ist Brauchtum, das ist

Denkmalpflege, das ist Volksmusik, das ist aber auch Naturschutz und Landschaftspflege. Wir sind also auch in diesen Bereichen z. T. tätig. Unser Aufgabenfeld reicht hier meiner Meinung nach bis zur Imkerei- bzw. Fischereiberatung. Das sind meiner Meinung nach alles Facetten einer regionalen Heimat. Und auf diesen Gebieten sind wir eben auch überall tätig.

Tresselt: Kommen wir zu einem Thema, das immer wieder ein Reizthema ist, nämlich zum Thema der Altenpflege. Da gibt es ja Beispiele, bei denen man leider Gottes sagen muss, dass gerade diejenigen, die sich nicht mehr rühren können, die sich nicht mehr wehren können und eigentlich die größte Pflege und Zuwendung bräuchten, in manchen Altenheimen wirklich nur noch vor sich hinvegetieren. Es gibt kein Personal, es gibt kein Geld: Wie wollen Sie denn das in den Griff bekommen?

Jungwirth: Sie sprechen da ein sehr schwieriges Thema an, das uns in den nächsten Jahren wohl noch sehr viel mehr Kopfzerbrechen bereiten wird. Grundsätzlich möchte ich aber doch einmal Folgendes sagen: Missstände werden natürlich auch immer sehr deutlich unterstrichen in der Öffentlichkeit. Es gibt sie leider auch, das stimmt, und jeder einzelne Missstand ist selbstverständlich einer zu viel. Aber insgesamt sind in diesem Bereich die Pfleger und Pflegerinnen, aber auch die Heimleitungen, sehr, sehr bemüht. Wenn man also den gesamten Bereich betrachtet, dann ist es um die älteren Mitbürger nicht so schlecht bestellt, wie es manchmal rüberkommt. Aufgrund der demographischen Entwicklung stellt sich die Situation allerdings in Zukunft folgendermaßen dar: Wir werden im Durchschnitt Gott sei Dank alle immer älter. Dies birgt allerdings auch immer das Risiko von Alterskrankheiten wie der Altersdemenz usw. Hier gibt es z. B. ein paar ganz interessante Kennzahlen. Man geht im Durchschnitt erst mit 84, 85 Jahren in ein Altenheim. Das heißt, so ein Altenheim ist dann bereits so gut wie immer ein Pflegeheim. Man braucht dort, wie Sie bereits angedeutet haben, natürlich sehr viel Zuwendung. Ich glaube, dass das in Zukunft ein generelles Thema für unsere Gesellschaft werden wird. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir dafür sehr viel mehr an Geld bereitstellen müssen. Und wir müssen den älteren Mitbürgern damit selbstverständlich mehr Zuwendung zukommen lassen. Wir haben hier allerdings das Problem, dass wir dafür Pfleger und Pflegerinnen brauchen. Gerade in Oberbayern ist es bereits ein Riesenproblem, dass wir in manchen Bereichen – auch bei guter Bezahlung – keine Pfleger bekommen. Man muss hier also bereits aufs Ausland zurückgreifen. Dies hängt ja nun alles mit einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung zusammen. Es gibt heute nicht mehr wie früher diese großen Familienverbände, die sich selbst geholfen haben. Es gibt unter der jungen Bevölkerung eine sehr hohe Mobilität. Und es gibt auch nicht mehr diese typische Alterspyramide mit relativ wenig älteren und vielen jungen Menschen. Nein, diese Sache dreht sich schön langsam komplett um. All das führt dann dazu, dass wir heute diese Probleme haben. Und nun komme ich wieder zum leidigen Finanzproblem: Es ist leider auch so, dass die Steuermittel nicht so fließen wie noch vor wenigen Jahren. Auf der anderen Seite brauchen wir aber immer noch mehr Geld. Wir haben durch die kurzen Verweildauern in den Krankenhäusern und hier vor allem in der Psychiatrie – dort steuern wir mittlerweile auf eine durchschnittliche Verweildauer von 25,5 Tagen hin – sehr viel mehr Leute, die dann außerhalb der Krankenhäuser betreut werden müssen. Wer soll das nun finanzieren? Früher waren das die Krankenkassen, heute müssen das die Bezirke, also der kommunale Bereich, leisten. Das bedeutet natürlich, dass die Gelder knapp sind.

Tresselt: Muss man sich hier nicht auch in der Organisation selbst etwas überlegen? Ich habe z. B. gehört, dass da die Pfleger Strichlisten führen müssen, wie oft sie meiner Meinung nach jemanden umgedreht oder wie oft sie jemandem die

Zähne geputzt haben. Für die Zuwendung, für das Gespräch, das ein alter Mensch mit Demenz ja sicherlich unbedingt braucht, ist keine Zeit vorhanden, dafür gibt es keine Strichlisten. Also muss man doch diese Strichlisten einfach abschaffen.

Jungwirth: Herr Tresselt, da stimme ich Ihnen sofort zu. Gerade ältere Leute, insoweit sie eben nicht schon fortgeschritten dement sind, brauchen Zuwendung, brauchen das Gespräch, weil sie einsam sind. Sie sind gerade auch wegen dieser gesellschaftlichen Entwicklung einsam, weil die jungen Leute aus der eigenen Verwandtschaft kaum in ihrer Nähe sind. Dies bedeutet aber nun einmal mehr Pfleger und Pflegerinnen. Wir haben z. B. im Jahr 1999 in Oberbayern zusätzliches Geld bereitgestellt, um damit in den Heimen mehr Pfleger finanzieren zu können. Dieses Geld wurde aber überwiegend nicht abgerufen, weil ganz einfach das Pflegepersonal dafür nicht vorhanden war. Wir versuchen daher in unseren Krankenhäusern mittels Pflegeschulen jedes Jahr junge Leute in einem dreijährigen Ausbildungsturnus auszubilden: Das sind sehr, sehr engagierte junge Leute. Ich bin jedes Jahr bei deren Schulabschluss mit dabei und bin immer ganz begeistert von diesen Leuten. Aber es sind einfach zu wenige.

Tresselt: Es gibt in Bayern ja auch einen Claus Fussek, der sich wirklich für die Belange der Alten und Behinderten einsetzt. Er hat für diesen seinen Einsatz auch schon mal eine Medaille bekommen, die er jedoch wieder zurückgegeben hat, weil er aus seiner Sicht festgestellt hat, dass auf diesem Gebiet zu wenig getan wird, dass nichts passiert, dass sich nichts ändert.

Jungwirth: Wir wollten gerade mit der Bezirksmedaille, die ich ihm ja überreicht habe, unterstreichen, dass er auf diesem Gebiet einiges in Bewegung gebracht hat. Er hat sie wieder zurückgegeben, wie er damals bereits angekündigt hatte. Er sagte jedoch zu mir, dass das kein Affront uns gegenüber sein soll, sondern er wollte damit darauf aufmerksam machen, dass hier noch einiges zu tun ist. Er hat sicherlich eine sehr wertvolle Arbeit geleistet, er müsste meiner Meinung nach aber auch herausstellen, dass es viele, viele Pfleger und Pflegerinnen und Heime gibt, mit denen bzw. in denen sehr gute und verdienstvolle Arbeit geleistet wird.

Tresselt: Es ist ja wohl so, dass das ganze Problem schon auch an den Menschen und den Familien selbst liegt. Im Grunde genommen müsste man gerade an die Familien den Appell richten, sich doch noch ein bisschen mehr um die eigenen Angehörigen zu kümmern, wenn sie alt werden. Barbara Stamm, die ehemalige Sozialministerin von Bayern, hat ja z. B. auch Bedenken, dass für die Behindertenarbeit in Zukunft nicht mehr genügend Geld zur Verfügung stehen wird. Wie sehen Sie denn das?

Jungwirth: Ja, ich habe ja vorhin schon gesagt, dass das alles mit den jetzigen Finanzierungssystemen auf Dauer nicht zu halten sein wird. Wir müssen uns also neue Systeme überlegen. Wir, also die sieben Bezirkstagspräsidenten, haben erst vor kurzem - und hier war Frau Stamm ja auch mit dabei - versucht, zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden eine Lösung zu finden. Dies ist uns im ersten Anlauf nicht gelungen, aber wir werden wieder zusammenkommen und darüber sprechen. Wir brauchen in den nächsten Jahren jedenfalls ganz eindeutig deutlich mehr Geld aufgrund der vorliegenden Entwicklung. Es ist ja nicht nur so, dass die Kosten pro Pflegefall, pro Behinderten ansteigen, sondern dass aufgrund dieser Entwicklungen in der Gesellschaft und auch aufgrund der medizinischen Entwicklung die Fälle insgesamt ansteigen. All das muss also finanziert werden. Dies wird aber alleine aus dem kommunalen Bereich heraus nicht finanzierbar sein.

Tresselt: Wo kommt denn das Geld bisher her? Da gibt es z. B. die Körperschaftssteuer: Sie soll den Kommunen bzw. den Bezirken zugute

kommen. Es ist aber so, dass die großen Firmen heutzutage auf diesem Gebiet keine Steuern mehr bezahlen bzw. sogar schon Steuerzahlungen zurückverlangen. Das kann ja wohl nicht ganz wahr sein, oder?

Jungwirth:

Grundsätzlich läuft die Finanzierung so, dass bei den Gemeinden Steuern verschiedener Art einlaufen. Von diesen Steuereinnahmen bekommt dann der Kreis über die Kreisumlage einen Teil des Geldes für seine Aufgaben. Wir vom Bezirk bekommen über die Bezirksumlage wiederum unser Geld vom Kreis. Das heißt, der Steuertopf in den Gemeinden wird aufgeteilt zwischen diesen drei Ebenen. Sie haben es schon erwähnt: Die Steuern bleiben nunmehr aus. Es gab diese Steuerreform, die zu diesem Einbruch – ich nenne das ganz bewusst einen Einbruch – bei der Gewerbesteuer und der Körperschaftssteuer geführt hat. Das heißt, bei den Gemeinden wurde der Steuerkuchen kleiner. Auf der anderen Seite steigen aber die Ausgaben, die natürlich irgendwie finanziert werden müssen. In dieser Form geht das aber auf Dauer nicht mehr. Bei den Bezirken kommt noch ein weiteres spezifisches Problem hinzu. Aufgrund der Verkürzung der Verweildauer in den Bezirkskrankenhäusern, in der Psychiatrie, sagen natürlich die Krankenkassen, die ihrerseits ebenfalls vor einem großen Finanzierungsproblem stehen, dass sie für den Patienten nicht mehr zuständig seien ab dem Moment, in dem er das Krankenhaus verlässt. Früher lag so ein Patient vielleicht ein Vierteljahr, ein halbes Jahr oder gar noch länger im Krankenhaus. Das heißt, er war dann beim Verlassen der Klinik bereits viel weiter ausertherapiert als heute. Wenn er heute jedoch die Psychiatrie verlässt, dann braucht er also noch ganz eindeutig medizinische Hilfen und Betreuung. Hierüber stehen wir mit den Krankenkassen in der Diskussion: Sie sagen nämlich, das wäre nun nicht mehr ihr Fall und das sollte nun von anderen Stellen finanziert werden. Die Pflegeversicherung greift hier allerdings auch nicht. Das heißt, wir als Bezirk werden finanziell zur Kasse gebeten. Wir machen das zurzeit unter Protest, d. h. das wird wahrscheinlich vor Gericht ausgetragen werden müssen. Wir müssen also seit einiger Zeit hier auf diesem Gebiet Beträge bereitstellen, und diese Beträge gehen in die Hunderte von Millionen Euro, die früher in dieser Weise nicht notwendig waren.

Tresselt:

Was halten Sie denn insgesamt von dieser ganzen Diskussion um die Pflegeversicherung? War das überhaupt gut so? Sollte man daran möglicherweise doch noch einmal etwas ändern?

Jungwirth:

Die Einführung der Pflegeversicherung war sicherlich ein ganz wertvoller Schritt. Allerdings sollte man nun beim Erreichten nicht stehen bleiben. Sie muss weiterentwickelt werden! Als vor sechs Jahren diese Pflegeversicherung eingeführt wurde, sind die durchschnittlichen Kosten pro Hilfe zur Pflege auf ungefähr 9700 Mark pro Jahr zurückgegangen. Weil nun aber die Pflegeversicherung gedeckelt ist, bei den einzelnen Pflegestufen also ein bestimmter Betrag eingefroren und nicht mehr geändert wurde, und auf der anderen Seite jedoch die Kosten wie Heimkosten und Personalkosten steigen, stiegen diese Kosten nun pro Fall und Jahr bereits auf über 15000 Mark, also auf über 7500 Euro. Das zeigt, dass man bei der Pflegeversicherung ganz einfach wieder nachziehen muss. Denn die Finanzierung im Einzelfall läuft ja folgendermaßen: Wenn jemand Hilfe zur Pflege braucht, d. h. wenn jemand in einem Altersheim Pflegefall ist, dann muss dafür natürlich zunächst einmal sein Einkommen herangezogen werden: die Rente oder die Pension oder sein Vermögen oder sonstige Verpflichtungen anderer Stellen. Über diesen Betrag hinaus greift dann die Pflegeversicherung. Was dann wegen der eingefrorenen Beträge bei der Pflegeversicherung noch übrig bleibt, zahlt der Bezirk über die überörtliche Sozialhilfe. Das, was da nun übrig bleibt, wird eben immer mehr, weil die Heimkosten deutlich steigen. Wir sind zurzeit im Landesdurchschnitt bei 2500 bis 3500 Euro pro Monat und Fall in einem Heim angekommen

- Tresselt:** Wie hoch ist denn eigentlich Ihr Haushalt, also der Haushalt des Bezirks Oberbayern?
- Jungwirth:** Man muss hier zwischen verschiedenen Bereichen unterscheiden. Da gibt es zunächst einmal den kameralen Teil, also den verwaltungsbezogenen Teil. Dieser Teil beträgt zurzeit ungefähr 1,1 Milliarden Euro. Dazu kommt der Vermögenshaushalt, den wir je nach Möglichkeit der Finanzierung ein bisschen hin und her fahren können. In diesem Teil sind also z. B. die ganzen Investitionen mit dabei. Darüber hinaus haben wir aber auch noch eine ganze Reihe von Eigenbetrieben, die selbst bilanzieren, also eigene Wirtschaftspläne aufstellen. Ich kann Ihnen hier also nur einen ungefähren Betrag nenne, weil wir ja auch über Beteiligungen Geld ausgeben. Wir müssen also auch noch für Zweckverbände, bestimmte Vereine usw. Finanzmittel aufwenden. Wir betreiben z. B. in einer Drittelfinanzierung auch Museen, zusammen mit dem Landkreis und der Gemeinde. Wenn ich das also alles zusammenzähle, dann komme ich auf einen Betrag von ungefähr 1,6 bis 1,7 Milliarden Euro pro Jahr für unseren Haushalt.
- Tresselt:** Dieses Geld reicht also nicht. Sie bekommen zwar in Ihren Museen möglicherweise auch ein bisschen Geld herein über die Eintrittspreise, aber das ist ganz bestimmt nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wo glauben Sie denn in Zukunft Ihr Geld herzubekommen? Wie soll das funktionieren?
- Jungwirth:** Tja, hier müssen sicherlich verschiedene Überlegungen angestellt werden. Möglicherweise gibt es in Zukunft eine eigene Steuereinnahmequelle für die Bezirke.
- Tresselt:** Das würde also Steuererhöhung bedeuten? Oder nur eine Steuerverschiebung? Es wird sich aber vermutlich keiner etwas wegnehmen lassen.
- Jungwirth:** Ich nenne das zuerst einmal eine Verschiebung, obwohl ich ansonsten schon ein Verfechter dieses Umlagesystems bin. Weil auf diese Weise nämlich jedes Jahr zwischen diesen drei Ebenen genauestens austariert wird, was die einzelne Ebene braucht. Da ja die Bezirksräte in aller Regel noch in der Gemeinde- bzw. in der Kreispolitik tätig sind, wird sehr genau darauf geachtet, dass der Bezirk nicht zu viel wegsteuert. Eigentlich ist das also ein gutes System, auch wenn es natürlich jedes Jahr zu heißen Diskussionen führt. Aber natürlich wäre es schon sinnvoll, wenn der Bezirk auch eigene Einnahmen hätte, also Anteile desjenigen Steueraufkommens, das in den kommunalen Bereich fließt. Auf der anderen Seite darf man aber nicht verkennen, dass natürlich auch das Land Finanzierungsprobleme hat. Auch dort ist ja das Steueraufkommen rückläufig. Beim Bund gilt natürlich das Gleiche.
- Tresselt:** Wenn man als normaler Bürger in eine Klinik gehen will, dann ist das ja z. T. recht verwirrend. Da gibt es Kreiskrankenhäuser, Stadtkrankenhäuser, Bezirkskrankenhäuser, Universitätskliniken usw. Eigentlich weiß man da doch gar nicht, wohin man sich wenden soll. Das ist doch scheinbar ein großes Durcheinander. Oder gibt es da doch irgendwie eine Richtlinie?
- Jungwirth:** In Bezug auf uns, die Bezirke, ist das eindeutig, weil wir für die psychiatrische Versorgung zuständig sind. Das sind spezielle Kliniken, die früher auch komplett selbständig organisiert und auch räumlich komplett abgetrennt waren. Die größte Bezirksklinik in Oberbayern ist ja diejenige in Haar, sie ist gleichzeitig auch nach wie vor die größte in Deutschland. Wir sind allerdings dabei, diese Kliniken zu regionalisieren. Wir wollen dabei die kleineren psychiatrischen Kliniken mit den somatischen Kliniken verbinden, also mit denjenigen Krankenhäusern, die für körperliche Krankheiten zuständig sind und in aller Regel von den Landkreisen organisiert sind. Wir wollen das auch deshalb machen, damit dieses Odium der psychiatrischen Kliniken abgebaut wird. Denn eine psychische Krankheit ist eine ganz normale Krankheit. Jeder vierte Bürger in Deutschland wird im Laufe seines

Lebens zumindest statistisch gesehen einmal psychische Probleme haben. Dies gilt insbesondere für das Alter. Deshalb meinen wir, dass solche Krankheiten als ganz normale Krankheiten betrachtet und mit der Somatik verbunden werden sollen. Das heißt, es wird bei diesen zukünftigen Kliniken dann einen gemeinsamen Eingang geben: Anschließend geht man dann meinetwegen entweder in die chirurgische Abteilung oder in die psychiatrische Abteilung bzw. Klinik. Diese Umsetzung ist in Oberbayern schon sehr weit fortgeschritten in den Krankenhäusern in Ingolstadt, in Agatharied bei Miesbach oder auch in Garmisch. Nun bauen wir gerade eine neue Klinik in Landsberg auf. Insgesamt wollen wir noch vier weitere von diesen regionalisierten Kliniken bauen.

Tresselt: Mich hat neulich jemand angesprochen, dem Folgendes passiert ist. Er war in eine solche Klinik eingewiesen worden und wollte dann mit seiner Familie telefonieren, weil er sich als zu Unrecht dort eingewiesen fühlte. Dieses Telefongespräch hat man ihm aber verwehrt. Dennoch ist er dann nach einiger Zeit wieder aus dieser Klinik herausgekommen. Gibt es das, dass man in einer psychiatrischen Klinik ein Telefonat verwehren kann?

Jungwirth: Tja, da müsste man jetzt den Einzelfall genau kennen, man müsste genau wissen, was da eigentlich los gewesen ist. Möglicherweise gab es da Probleme oder Aufgeregtheiten, aber normalerweise sollte das nicht so sein.

Tresselt: Vielleicht sagen Sie noch ein bisschen was über den Bezirk selbst. Der Bezirkstag wird also gewählt. Ich glaube zu wissen, dass der Bezirkstag von Oberbayern 65 Mitglieder hat. Welche Parteien sind denn dort wie vertreten?

Jungwirth: Dort ist das ganze Parteienspektrum vertreten, weil wir keine Fünfprozentklausel haben. Es gibt dort die beiden großen Volksparteien, daneben gibt es noch Fraktionsgemeinschaften, es sind Leute von den Grünen mit dabei usw. Es ist also die komplette Parteienlandschaft vertreten. Dies ist manchmal zwar auch etwas beschwerlich, spiegelt aber auf der anderen Seite auch die ganze Meinungsvielfalt in der Bevölkerung wider. Letztlich trägt das meiner Meinung nach aber schon auch dazu bei, dass wir im Bezirk – außerdem haben wir ja auch keine gesetzgeberischen Aufgaben – doch ein recht gutes Klima haben: Wir müssen uns einfach jedes Mal wieder neu abstimmen - dies aber nicht in dem Sinne, dass wir faule Kompromisse machen würden. Nein, da gibt es schon auch handfeste Kontroversen. Aber letztlich müssen wir eben doch immer wieder versuchen, eine Synthese herbeizuführen und zu entsprechenden Beschlüssen zu kommen. Es ist ja auf allen kommunalen Ebenen so, dass die meisten Entscheidungen mit großer Mehrheit bzw. sogar einstimmig gefällt werden.

Tresselt: Welche Kompetenzen hat denn nun der Bezirkstag bzw. der Präsident des Bezirkstags?

Jungwirth: Der Präsident ist zunächst einmal der Vorsitzende aller Ausschüsse und des Bezirkstages selbst. Es ist also meine Aufgabe, dort jeweils zu moderieren und die unterschiedlichen Meinungen zusammenzuführen und auszugleichen. Im Übrigen muss ich natürlich auch in Richtung der Verbände ausgleichend tätig werden, denn auch das ist eine wichtige Aufgabe von mir. Aber ich bin darüber hinaus in einem juristischen Sinne auch Chef der Verwaltung.

Tresselt: Wie viele Angestellte hat der Bezirk?

Jungwirth: Wir haben insgesamt ungefähr 5500 Beschäftigte. Die meisten davon sind aber keine Beamten, sondern Angestellte. Ein Großteil davon ist in den Krankenhäusern angestellt. Der Bezirkstagspräsident ist also auch der Vorgesetzte all dieser Beschäftigten. Darüber hinaus bin ich natürlich auch

für die Öffentlichkeit, für die Presse und die Medien insgesamt der Ansprechpartner.

Tresselt: Ich kann mir gut vorstellen, dass es doch auch irgendwie ein Kompetenzgerangel zwischen dem Bezirkstagspräsidenten, dem Regierungspräsidenten, dem Landrat, dem Kreisrat, den Gemeinderäten, den Bürgermeistern und Oberbürgermeistern gibt.

Jungwirth: Ich will Ihnen diese Frage vor dem Hintergrund meiner ganz persönlichen Erfahrungen beantworten. Mit dem Regierungspräsidenten von Oberbayern habe ich ein sehr gutes Verhältnis. Er bezeichnet uns beide immer als die oberbayerischen Zwillinge. Ich sage dann häufig, dass wir das oberbayerische Tandem sind, weil wir zwar auf verschiedenen Ebenen tätig sind, wir uns aber immer wieder abstimmen müssen aufeinander und wir uns auch gegenseitig helfen. Mit den Landräten z. B. gibt es natürlich schon Diskussionen, wenn es ums Geld geht, wenn es also um die Bezirksumlage geht. Da kommen also sehr wohl die Landräte zu mir und werden vorstellig und sagen...

Tresselt: Ich meinte eher das Kompetenzgerangel darum, wer für welches Haus zuständig ist.

Jungwirth: Nein, das ist ja vom Gesetz her alles genau festgelegt. Es hat vor einiger Zeit ja diese Diskussion um die Reform der Bezirke gegeben: Im Zuge dieser Diskussion wurde wirklich von allen die Notwendigkeit der Bezirke noch einmal deutlich unterstrichen. In diesem Zusammenhang hat es ja immerhin eine zweitägige Anhörung im Bayerischen Landtag gegeben: Von der Wirtschaft, von den Verbänden, von der Wissenschaft usw. wurde dabei noch einmal unterstrichen, dass die Bezirke notwendig sind. Wenn es sie nicht gäbe, müsste man sie also erfinden.

Tresselt: Ist das heute wirklich allgemeiner Konsens? Nachdem man vor einigen Jahren in einem Volksentscheid den Bayerischen Senat abgeschafft hatte, gab es ja vor allem auch in Ihrem Bezirk ausgedehnte Diskussionen um die Zukunft der Bezirke. Ich will hier nur mal das Stichwort "Lustreisen" erwähnen. Sie sind ja dort alle ehrenamtlich tätig und somit nicht hauptamtlich angestellt. Es hat damals gewisse Turbulenzen gegeben, sodass einige Parteien und Verbände der Auffassung waren, dass man die Bezirke vielleicht gar nicht mehr bräuchte.

Jungwirth: Das eigentliche Problem waren damals ja nicht die Aufgaben des Bezirks. Die Diskussion ist damals nur übergesprungen von den personellen Schwierigkeiten zum Feld der Aufgaben. In diesem Rahmen hat man dann eben auch die Frage gestellt, ob man die Bezirke eigentlich wirklich braucht. Ich bin im Nachhinein sogar froh, dass diese Frage gestellt worden ist, weil man sich dabei dann in verschiedenen Gremien über zwei Jahre hinweg auch einmal ganz bewusst mit den Bezirken und ihren Aufgaben befasst hat. Wie gesagt, das Ganze kulminierte dann in dieser zweitägigen Anhörung im Bayerischen Landtag. Bei dieser Anhörung war wirklich die ganze Bandbreite vertreten: von der Wirtschaft bis zur Wissenschaft. Man hat dabei klar festgestellt, dass die Sache so mit den Bezirken sinnvoll organisiert ist und dass es auch sinnvoll ist, dies auf diese bayerische Art zu organisieren: nämlich über vom Volk gewählte und somit demokratisch legitimierte Bezirksräte. Diese Bezirksräte sind aufgrund ihrer Wahl ja auch wiederum dazu gezwungen, dem Volk "draußen" Rede und Antwort zu stehen: nicht nur vor der Wahl, sondern schon während der ganzen fünf Jahre der Wahlperiode. Sie bekommen so auch mit, was "draußen" ansteht, wo der Schuh drückt, wie die Stimmung ist usw. Das alles können Sie dann auch in die Gremien hineinbringen. Ich glaube also, dass diese Anhörung schon eine ganz gute Geschichte war. Ich meine auch, dass dabei die Bezirke in ihrer Position gestärkt wurden. Die Aufgaben wurden definiert und das ist nun alles klar umrissen: Da gibt es auch keine

Diskussionen mehr.

Tresselt: Wenn ich mich richtig erinnere, dann stammt doch von Ihnen das Wort, dass der Bezirk eigentlich ein Servicecenter sein sollte. Wenn der Bürger nun irgendwelche Probleme oder Fragen hat, wie geht das dann vor sich? Wie funktioniert dieses Servicecenter also?

Jungwirth: Ja, das ist richtig, ich habe in meiner Antrittsrede nach der Wahl diesen Begriff ganz bewusst gewählt. Ich sprach genauer gesagt von einem sozialen Servicecenter. Die Bezirke werden ja auch als soziale Parlamente bezeichnet, weil eben doch der größte Anteil unseres Haushalts in diesen sozialen Bereich fließt. Ich verstehe unter dem Begriff "soziales Servicecenter" Folgendes: Wenn ein Bürger in seiner Familie Probleme hat, seien das nun Probleme psychischer Art oder andere Notfälle, dann sollte er beim Bezirk einen Ansprechpartner finden, der kompetent, freundlich und verbindlich ist. Er sollte aber nicht nur freundlich sein, sondern eben auch wirklich kompetent. Dieser Ansprechpartner sollte ihn unbürokratisch beraten und die Leistungen des Bezirks nicht einfach nur "gewähren". Er sollte vielmehr offen gegenüber den Problemen des Bürgers sein. Das bedeutet natürlich, dass wir auch eine entsprechende Infrastruktur samt entsprechender technischer Einrichtungen haben müssen. Wir sind z. B. momentan dabei, unsere Präsenz im Internet so auszubauen, dass das für den Bürger auch wirklich nutzbar ist. Ich behaupte nämlich, dass in wenigen Jahren auch diejenigen Bürger, die sich an uns wenden, in der Lage sein werden, sich über das Internet Hilfe zu suchen, wenn sie ein Problem haben. Sie sollten dabei zumindest mal einen Ansprechpartner finden.

Tresselt: Kann denn das Internet das persönliche Gespräch ersetzen?

Jungwirth: Nein, aber es soll es anbahnen. Denn ich habe als Bezirksrat ja folgende Erfahrung gemacht: Es hat doch immer geheißen, dass der Bezirk eigentlich ein unbekanntes Wesen sei. Wenn in meinem Stimmkreis jedoch eine Familie Probleme hatte – das waren oft Leute, die ich gar nicht kannte –, dann wussten sie doch plötzlich meine Telefonnummer. Es kam dann von Seiten der Bürger immer die Bitte hinzu, dass das alles – psychische oder auch wirtschaftliche Probleme – nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollte. Deswegen meine ich, dass das Internet dabei helfen kann, den richtigen Ansprechpartner zu finden. Das ist nicht der einzige und ausschließliche Weg, aber das ist doch immerhin eine moderne Technik, die wir nutzen sollten. Letztendlich geht es jedenfalls darum, dass wir unsere Mitarbeiter in ihrer Geisteshaltung, in ihrer Einstellung so weit bringen, dass sie freundlich, verbindlich und kompetent dem Bürger gegenüber treten. Ich meine, dass ich das für meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Zwischenzeit auch in Anspruch nehmen darf.

Tresselt: Das heißt, Sie haben bereits Bürokratie abgebaut? Die Bürokratie gibt es natürlich nicht nur in den Bezirken, sondern überall. Ich habe ein Beispiel parat, das mir ebenfalls erst vor einigen Tagen jemand erzählt hat. Da wollte jemand lediglich eine Auskunft haben, wollte also noch nicht einmal irgendwelche Ansprüche geltend machen, sondern wollte wirklich nur wissen, wie etwas Bestimmtes geht. Er sollte daraufhin ein Formular ausfüllen, worauf er dann schriftlich Bescheid bekommen hätte. Der Bürger hat das dann natürlich bleiben lassen. So etwas sind doch wirklich unvorstellbare Auswüchse von Bürokratie!

Jungwirth: Ja, ich hoffe natürlich, dass das nicht bei uns war.

Tresselt: Es war nicht der Bezirk Oberbayern.

Jungwirth: Da bin ich schon froh. Wobei es aber auch so ist, dass das Ausfüllen von bestimmten Formularen oder Anträgen einfach nötig ist.

Tresselt: Aber wenn ich doch nur eine Frage habe, dann muss es doch möglich sein, dass es da jemanden gibt, der einem diese Frage beantworten kann, und

dann hat sich die Sache.

Jungwirth: Ja, so muss es sein. Wir halten unsere Mitarbeiter auch an, dass das so gemacht wird. Ich darf wohl behaupten, dass sie das auch so tun. Wir haben wirklich sehr hoch motivierte Mitarbeiter, die ja doch immerhin in einem Bereich tätig sind, in dem sie sehr viel Not und Elend sehen. Das muss man schon auch mal berücksichtigen. Denn das alles geht den Mitarbeitern z. T. schon recht nahe, so nahe sogar, dass sie sich davor regelrecht schützen müssen, damit sie das alles durchstehen können. Aber gerade weil sie das alles sehen, sind sie auch sehr aufgeschlossen, wenn jemand kommt und Hilfe braucht.

Tresselt: Sie haben vorhin ja vom guten Verhältnis zwischen den Vertretern der verschiedenen Parteien innerhalb des Bezirkstages gesprochen. Trotzdem muss ich das Folgende ansprechen, weil das eben auch ein Thema der so genannten Opposition war, die gemeint hat, dass es auch im Bezirk Oberbayern mit der Demokratie nicht so weit her sei. Denn alleine Ihre beiden Stellvertreter sind ebenfalls wie Sie von der CSU. Die anderen Parteien sind also zumindest in der Führungsebene des Bezirks nicht vertreten.

Jungwirth: Ja. Ich weiß, das war eine heiße Diskussion. Wenn ich sage, dass wir insgesamt ein gutes Verhältnis haben, dann heißt das nicht, dass wir dort nicht auch streiten würden. Da wird manchmal zur Sache schon recht heftig gestritten. Danach versuchen wir dann allerdings schon immer, einen Konsens herbeizuführen. Zu diesem Thema mit den Stellvertretern: Für mich als Präsident wäre es vielleicht sogar hier und dort von Vorteil oder einfacher, wenn auch eine andere Partei mit eingebunden wäre. Man muss aber auf der anderen Seite auch den Wählerwillen beachten und dieser Wählerwille hat nun einmal meiner Partei die absolute Mehrheit gegeben. Deshalb wurde dann bei der Wahl der Stellvertreter auch so verfahren. Ich spreche da kein Geheimnis aus, wenn ich sage, dass es auch in Oberbayern verschiedene Regionen gibt, die sich im Bezirk entsprechend repräsentiert fühlen wollen. Auch das wird dann bei so einer Diskussion oder Entscheidung immer mit eingebracht.

Tresselt: Nächstes Jahr sind ja Landtags- und Bezirkstagswahlen. Werden Sie wieder kandidieren?

Jungwirth: Diese Frage wird mir immer wieder gestellt. Meine Antwort darauf ist, dass ich das erst nächstes Jahr entscheide. Außerdem muss mich ja zunächst einmal mein eigener Stimmkreis wieder aufstellen. Das ist schon mal die erste Hürde. Wenn ich mich so gesund fühle wie jetzt, gut, dann ist das eine Überlegung wert, denn die Aufgabe selbst ist ja sehr interessant und auch sehr erfüllend. Dass das so ist, habe ich eigentlich erst so richtig mitbekommen, seitdem ich nun selbst dieses Amt ausfülle. Ich hatte davor einen sehr interessanten Beruf, denn ich bin ja vorzeitig in Pension gegangen, um mich dem Bezirk voll widmen zu können. Ich war früher sehr viel in der Welt unterwegs und konnte auch sehr viel gestalten. Menschlich erfüllender ist aber nun diese Tätigkeit als Bezirkstagspräsident. Ich sehe sehr viele Probleme, sehr viel Not und Elend: Wenn man da im Einzelfall oder auch durch das Setzen von entsprechenden Rahmenbedingungen helfen kann, dann ist das menschlich schon eine sehr schöne, ausfüllende und erfüllende Sache.

Tresselt: Vielleicht sollten wir auch mal einen kurzen geschichtlichen Rückblick machen. 1808, wenn ich es richtig im Gedächtnis habe, hat...

Jungwirth: 1828! Das war damals Ludwig I.

Tresselt: Sehen Sie, ich wäre gleich noch weiter zurückgegangen. Vielleicht können Sie kurz etwas dazu sagen, wie denn die Bezirke entstanden sind. Denn die Bezirke in dem Sinne gibt es ja nicht überall in Deutschland.

- Jungwirth:** Es gibt von den Aufgaben her sehr wohl etwas Vergleichbares, aber nicht im Hinblick auf die Organisation. Es gibt in den anderen Bundesländern die Wohlfahrtsverbände und die Landschaftsverbände, die sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten dem sozialen Bereich widmen. Allerdings sind die Vertreter dort nicht gewählt, sondern aus den anderen kommunalen Ebenen delegiert. Man kann das zwar auch so machen, aber ich finde hier unsere bayerische Lösung doch sehr viel besser. Ich finde es besser, wenn man direkt gewählt ist und damit dem Volk gegenüber auch direkt verantwortlich ist. Ich glaube, dass das auch besser in unsere heutige Zeit hineinpasst.
- Tresselt:** Damit gibt es eben auch - wie eigentlich überall verlangt - mehr Demokratie. Aber komplizierter wird die Sache halt leider auch.
- Jungwirth:** Ja, ich finde das wirklich demokratischer. Aber es ist komplizierter, das stimmt. Es ist auch sehr fordernd, denn man ist damit ein Vertreter des Volkes. Das heißt, man muss sich "draußen" stellen, muss die Kommunikation mit der Bevölkerung pflegen, denn ansonsten bekäme man bei der nächsten Wahl die Quittung verpasst. Das ist schon ganz gut so, denn das ist somit ein Stachel, der einen wirklich voran treibt. Ludwig I. hat also 1828 zunächst einmal die Kreise gebildet. Die jetzigen Landkreise waren damals die Bezirke. Allerdings war die Aufgabe damals noch eine etwas andere. Gut, man sollte sich dort auch damals bereits um den Sozialbereich und um den psychiatrischen Bereich kümmern, aber die Kreise hatten noch lange keine eigene Verwaltung. Dies kam erst nach dem Zweiten Weltkrieg so. Im Dritten Reich waren ja die Bezirke abgeschafft worden und wurden erst wieder nach dem Krieg neu gegründet: gemäß der Bayerischen Verfassung, wo sie in der Tat fest verankert sind. Seit den siebziger Jahren sind wir auch in der Verwaltung mit eigenem Personal eigenständig: dies allerdings auch in Kooperation mit der Regierung.
- Tresselt:** Wie läuft denn die Abgrenzung zu den anderen sechs bayerischen Bezirken? Worin unterscheidet sich denn der Bezirk Oberbayern von den anderen Bezirken?
- Jungwirth:** Von den Aufgaben her gibt es eigentlich keinen Unterschied. Es ist halt aber nun einmal so, dass Oberbayern aufgrund der Einwohnerzahl und der Flächenausdehnung die größte kommunale Gebietseinheit in Bayern ist. Ich glaube, sie ist das sogar für die gesamte Bundesrepublik. Vom Haushaltsvolumen und vom Personal her sind wir jedenfalls die größte kommunale Gebietseinheit in Deutschland. Wir haben mit den anderen bayerischen Bezirken eine sehr gute Kooperation. Es gibt ja auch den Verband der bayerischen Bezirke, in dem wir zusammenarbeiten und in dem wir uns regelmäßig treffen. Es treffen sich dabei nicht nur die jeweiligen Präsidenten, sondern in der Verbandsversammlung auch die Hauptausschüsse. Ansonsten haben wir auch eine ganze Reihe von Aufgaben, die wir gemeinsam lösen, entweder einige Bezirke zusammen oder sogar alle Bezirke miteinander. Es gibt also durchaus auch Einrichtungen, die über den Einzugsbereich eines einzelnen Bezirks hinausgehen – und so kooperieren wir dann eben.
- Tresselt:** Wie sieht die Zusammenarbeit mit der bayerischen Staatsregierung aus?
- Jungwirth:** Im Hinblick auf den Bezirk Oberbayern kann ich sagen, dass diese Zusammenarbeit sehr gut läuft. Ich versuche natürlich auch, dieses Verhältnis zu pflegen. Ich habe den Vorteil, dass ich früher zwar zunächst einmal in der Wirtschaft beschäftigt war, danach dann aber lange Zeit in der Staatsverwaltung, in der Ministerialverwaltung tätig war. Aus diesem Grund kenne ich natürlich die Kollegen dort alle. Wie gesagt, ich versuche, dieses Verhältnis immer noch weiter auszubauen. Ich habe da keine Probleme.
- Tresselt:** Sie sehen also, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die Zukunft der

Bezirke als gesichert und positiv an. Haben Sie denn auch irgendwelche Forderungen in der Richtung, dass Sie meinetwegen sagen, dass der Bezirk diese oder jene Kompetenz doch auch noch bräuchte?

Jungwirth: Ich will jetzt diese Thematik gar nicht wieder aufgreifen. Ich denke vielmehr, wir sollten das jetzt so, wie es nach dieser Diskussion entschieden wurde, auch belassen. Wir haben sicherlich eine Menge Probleme bei der Finanzierung, wie wir bereits gesagt haben. Dies müssen wir gemeinsam lösen: mit dem Staat, mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden und wohl auch noch mit dem Bund. Ich glaube, dass die Aufgaben der Bezirke aufgrund bestimmter Entwicklungen in der Bevölkerung und in der Gesellschaft – wir haben vorhin ja einige davon angesprochen – eher noch zunehmen werden. Die Aufgaben werden nicht nur in finanzieller Hinsicht zunehmen, sondern auch im Hinblick auf das gesamte Volumen, also im Hinblick auf die Anzahl der Fälle.

Tresselt: Also im Bereich der Behinderten und der Altenpflege?

Jungwirth: Ja, genau. Aber auch im kulturellen Bereich werden unsere Aufgaben mehr werden. Ich sagte ja schon, dass ich der Ansicht bin, dass es immer wichtiger und dringender wird, dass wir hier bestimmte Dinge dagegensetzen sollten: nicht als Gegensatz, sondern als Ergänzung zur Globalisierung und Internationalisierung, als Hilfe für die jungen Leute. Das sind Gebiete, denen wir uns in Zukunft stärker widmen müssen. Diese Aufgaben werden meiner Meinung nach in Zukunft wirklich deutlich mehr werden.

Tresselt: Zum Schluss vielleicht noch ein paar persönliche Daten, Herr Jungwirth. Sind Sie verheiratet, haben Sie Kinder?

Jungwirth: Wir haben drei Töchter und bereits fünf Enkel.

Tresselt: Oh ja, da ist ja alleine schon in der Familie genug zu tun. Sie haben also im Hinblick auf die Generationenfolge das Ihrige getan.

Jungwirth: Ja, bei uns stimmt der Generationenvertrag.

Tresselt: Wenn Sie mal nicht als Bezirkstagspräsident tätig sind, was machen Sie denn dann zu Hause? Was sind Ihre Hobbys?

Jungwirth: Ja, wenn ich mal Zeit habe dazu! Ich bin so ein bisschen ein Hobby-Schreiner. Ich habe eine recht gut eingerichtete Schreinerei bei mir zu Hause. Leider muss ich das sehr vernachlässigen, aber ich habe in der jüngsten Zeit doch immerhin ein schönes Schaukelpferd für meine Enkel machen können. Das macht mir wirklich sehr viel Spaß, denn da entsteht etwas, das man am Schluss sinnlich erfassen kann. Und ich fotografiere gerne.

Tresselt: Da haben wir ein gemeinsames Hobby. Ich bedanke mich für das Gespräch. Das war Alpha-Forum, heute mit dem Bezirkstagspräsidenten von Oberbayern, Franz Jungwirth. Ihnen, verehrte Zuschauer, wünsche ich noch eine gute Zeit und sage auf Wiedersehen.